

Tian Jiyuns zur Landwirtschaftspolitik vom 22.12.91 klarer. Zu den unveränderten politischen Maßnahmen zählen:

- Das Haushaltsvertragssystem bzw. das Verantwortungssystem für die Produktion auf der Basis der Haushalte,
- Förderung der ländlichen Industrie,
- die Entwicklung einer diversifizierten Landwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung des Getreideanbaus,
- Förderung unterschiedlicher Eigentumsformen unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung des öffentlichen Eigentums und
- das Zugeständnis, daß einige Bevölkerungsteile vor anderen zuerst zu Wohlstand gelangen können und die übrigen auf dem Weg zu einem gemeinsamen Wohlstand unterstützt werden müssen.

Für Tian Jiyun ist die Beibehaltung des Haushaltsvertragssystems auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil es eine wirtschaftliche Absicherung der Bauern in der Übergangsperiode von überwiegend landwirtschaftlicher zu industrieller Entwicklung sei. So könnten die Bauern neben der Bewirtschaftung der ihnen vertraglich zur Nutzung zugewiesenen Felder gleichzeitig als Arbeiter in ländlichen Betrieben oder beispielsweise als Händler tätig sein.

Da der Boden nach wie vor kollektives Eigentum sei, so Tian Jiyun, müsse das Haushaltsvertragssystem dementsprechend als Teil der kollektiven Wirtschaft angesehen werden und der Haushalt als eine Entscheidungsebene im dualen Managementsystem der Kollektivwirtschaft. Für die Aufgaben, die der einzelne Haushalt nicht erfüllen könne, wie beispielsweise Bau von Bewässerungsanlagen und Verkehrswegen oder Saatgutzüchtung und Handel, müßten kollektive Organisationen Dienstleistungen erbringen. Solche Organisationen seien in den vergangenen Jahren von staatlichen Wirtschafts- und Technologieabteilungen und von kollektiven Wirtschaftsorganisationen gegründet worden, und die Ausweitung eines Dienstleistungsnetzes sei von besonderer Bedeutung.

Bei der Einrichtung von Dienstleistungsorganisationen sollte nach dem Prinzip verfahren werden, daß nur solche Aufgaben von kollektiven Organi-

sationen übernommen werden, die die einzelnen Haushalte nicht selbst übernehmen können. Zur Stärkung der kollektiven Wirtschaft sollten nicht - wie dies nach Tian Jiyun in einigen ländlichen Gebieten praktiziert würde - die vertraglich festgelegten Nutzungsgebühren willkürlich erhöht oder sogar die den Bauern zugeteilte Nutzungsfläche wieder entzogen werden; auch in die Rechte der ländlichen Betriebe dürfe nicht eingegriffen werden. Vielmehr sollten die ländlichen Industriebetriebe gefördert, neue Ressourcen erschlossen und Abgaben sowie vertragliche Gebühren entsprechend den festgelegten Vereinbarungen erhoben werden.

Die Förderung der ländlichen Industrie ist für Tian Jiyun auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen unumgänglich nötig. So würden aufgrund der Bodenknappheit heute schon auf jede ländliche Arbeitskraft lediglich 3-4 Mu Anbaufläche, bei Berücksichtigung der Mehrfachernten 5 Mu, entfallen. In vielen ländlichen Gebieten betrage die ländliche Unterbeschäftigung ein halbes Jahr, in einigen sogar 200 Tage. Ohne Arbeit und Einkommen sei mit Unruhen und starken Migrationsbewegungen in andere Landesteile zu rechnen.

Nur in der Entwicklung ländlicher und Dienstleistungsbetriebe sei die Beschäftigung der überschüssigen Arbeitskräfte, deren Umfang sich bis Ende dieses Jahrzehnts auf 150 Mio. Personen belaufen wird, möglich. Die Bedeutung der ländlichen Industrie für Einkommen und Entwicklungsniveau sei bereits mit Blick auf die Entwicklung im 7. Fünfjahresplan deutlich geworden. In diesem Zeitraum habe sich der Anteil des Nettoeinkommens der Bauern aus der ländlichen Industrie bereits auf rund 50% erhöht. Derzeitige Einkommensunterschiede zwischen Bauern in verschiedenen Regionen ließen sich auf unterschiedliche Entwicklungsstadien der ländlichen Industrie zurückführen. (SWB, 4.1.92) -schü-

* (33) Anstieg der städtischen Einkommensunterschiede

Einem Bericht der Zeitschrift *Economic Information* zufolge haben sich die städtischen Einkommensunterschiede in verschiedenen Berufszweigen und bei unterschiedlichen wirtschaftlichen Aktivitäten deutlich vergrößert.

So betrug das durchschnittliche jährliche Einkommen im Jahre 1990

- 8.000 Yuan (1.490 US\$) für Betriebsleiter, die staatliche oder kollektive Unternehmen auf Vertragsbasis führen oder pachten,
- 7.000 Yuan (1.310 US\$) für Beschäftigte in Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil,
- 5.000 Yuan (935 US\$) für Taxifahrer,
- 4.500 Yuan (840 US\$) für Selbständige,
- 4.000 Yuan (750 US\$) für Schauspieler und Sänger und
- 2.500 Yuan (470 US\$) für Regierungsangestellte und Arbeiter in staatlichen Unternehmen.

Auch aufgrund unterschiedlicher Bonuszahlungen verstärkten sich die Einkommensunterschiede. So erhalten Arbeiter in den Bereichen Öffentliche Gesundheit, Sport und Soziale Wohlfahrt die höchsten Bonuszahlungen, die 45% ihrer Löhne ausmachen. Dagegen liegen die Bonuszahlungen für Arbeitskräfte in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht und Forstwirtschaft mit einem Anteil von 20% am niedrigsten.

Einkommensunterschiede werden dem Bericht der *Economic Information* nach auch durch die von ca. 10% der städtischen Arbeiter, einschließlich der Regierungsangestellten, ausgeübte Schwarzarbeit verstärkt, durch die ein durchschnittliches Einkommen von 1.200 Yuan erwirtschaftet werde.

Zu den einkommensschwächsten Gruppen in den Städten zählten die Rentner, deren Lebensstandard durch Preissteigerungen besonders gefährdet sei. (XNA, 11.12.91) -schü-

Taiwan

* (34) Lettlands Außenminister in Taipei

Der lettische Außenminister Janis Jurkans hielt sich vom 15. bis 18. Dezember zu einem offiziellen Besuch in Taipei auf. Am Ende seines Besuches wurden durch Notenaustausch beider Seiten offizielle Handelsbeziehungen aufgenommen. Das taiwanische Handelsbüro in Riga bekam damit vol-

len diplomatischen Status und wurde zur "Mission der Republik China" umbenannt. Lettland hatte wie die beiden anderen baltischen Staaten Estland und Litauen bereits im September 1991 diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen.

Im November besuchte Taipeis Vizeaußenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) die drei baltischen Länder, wobei die Aufnahme offizieller bzw. halboffizieller Handelsbeziehungen vereinbart wurde. Ursprünglich hatte der lettische Ministerpräsident Ivars Godmanis damals Zhang zugesagt, im Dezember Taipei zu besuchen. Die Reise wurde aufgrund der innenpolitischen Lage in Lettland verschoben, hieß es.

Außenminister Jurkans wurde in Taipei von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) empfangen. Jurkans sagte, nach Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Seiten werde er Präsident Li zu einem Besuch nach Lettland einladen. Zur Frage über den Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Taipei und Riga antwortete er, es hänge u.a. von der Höhe der Wirtschaftshilfe Taiwans an Lettland ab. Das Außenministerium von Taipei ist optimistisch über die weitere Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen. (LHB und CP, 19.12.91; ZYRB, 20.12.91; FCJ, 17. und 20.12.91; vgl. auch LHB, 10.11.91; FCJ, 12.11.91) -ni-

* (35)

Halbamtliche Organisation für die Beziehungen zu Taiwan in Beijing gegründet

Am 16. Dezember wurde in Beijing die halbamtliche Organisation "Haixia - liangan Guanxi Xiehui" (Association for Relations Across the Taiwan Straits, im folgenden HGX) für die Kontakte mit Taiwan gegründet. (DGB, 18.12.91; LHB, 17.12.91; FCJ, 17.12.91) Es ist die Partnerorganisation der taiwanesischen halbamtlichen "Haixia Jiaoliu Jijinhui" (Straits Exchange Foundation, im folgenden HJJ). Beide haben in Regierungsauftrag die Aufgabe, sich mit den praktischen Angelegenheiten in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu beschäftigen und werden finanziell von ihrer jeweiligen Regierung unterstützt. Die HJJ unter-

steht unmittelbar dem Komitee für die Angelegenheiten des (chinesischen) Festlands im Exekutiv Yuan der Taipei-Regierung und die HGX dem Büro für taiwanesischen Angelegenheiten im Staatsrat der Beijing-Regierung.

Als Vorsitzender der HGX wurde Wang Daohan, früherer Bürgermeister von Shanghai, gewählt. Tang Shubei, der vorher stellvertretender Direktor des Büros für taiwanesischen Angelegenheiten war und mit HJJ bereits Kontakte hatte, ist geschäftsführender Vizevorsitzender der HGX. Ein anderer Vizevorsitzender und zugleich auch Generalsekretär der HGX, Zou Zhekai, war zuvor ebenfalls im Büro für taiwanesischen Angelegenheiten tätig, und zwar als Direktor der Generalabteilung. Dritter Vizevorsitzender ist Jing Shuping, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Nationalen Politischen Konsultationskonferenz. Rong Yiren, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, ist Ehrenvorsitzender der HGX. Da Rong und Jing Vorstandspräsident bzw. Vizevorstandspräsident von China International Trust and Investment Corp. sind, soll diese Firma auch der wichtigste Förderer der HGX sein.

Zur Zeit bestehen formell keine offiziellen Kontakte zwischen beiden chinesischen Seiten. Beijing, das Taipei nur als eine lokale Regierung Chinas betrachtet, möchte Gespräche ausschließlich auf Ebene der beiden Regierungsparteien KPCh und KMT (Kuomintang, Guomindang) führen. Dies wiederum lehnt Taipei ab und versucht statt dessen, zuerst nur indirekte Kontakte mit Beijing durch eine halbamtliche Vermittlungsorganisation aufzunehmen. Aus diesem Grund wurde vor einem Jahr die HJJ gegründet.

Zuerst zögerte Beijing, die halbamtliche Funktion der HJJ anzuerkennen. Doch im Hinblick auf die wachsende taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung (d.h. Verzicht auf die Wiedervereinigung Chinas) sowie die Zunahme von Schmuggelkriminalität und Konflikten zwischen Fischern beider Seiten in den Gewässern der Taiwan-Straße änderte Beijing seine Haltung. Anfang November lud das Büro für taiwanesischen Angelegenheiten die HJJ zu Verhandlungen nach Beijing ein. Im Laufe der Gespräche kündigte Beijing die Einrichtung einer Partnerorganisation der HJJ an (C.a., November 1991, Ü 36, S.700).

Auf der Gründungstagung der HGX hielten Wu Xueqian, stellvertretender Direktor der leitenden Gruppe für die Politik gegenüber Taiwan im ZK der KPCh und Vizeministerpräsident des Staatsrats, und Wang Zhaoguo, Direktor des Büros für taiwanesischen Angelegenheiten, Reden. Beide verurteilten die taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung. Es war wohl kein Zufall, daß die HGX fünf Tage vor den Wahlen zur neuen Nationalversammlung für Verfassungsreformen in Taiwan gegründet wurde. Taiwans Opposition Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei) kämpft um eine neue Verfassung und einen unabhängigen Staat Taiwan, während die Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) die Grundstruktur der Republik China und damit auch die chinesische Einheit bei der geplanten Verfassungsreform nicht antasten will. Durch die Gründung der HGX als eine Versöhnungsgeste wollte Beijing offenbar die Wahlen vom 21. Dezember in Taiwan beeinflussen. (Zum Wahlergebnis siehe das entsprechende Thema in diesem Heft.) -ni-

* (36)

Rücktritt sämtlicher betagter Parlamentarier

Alle diejenigen betagten nationalen Volksvertreter, die 1947/48 gewählt worden waren, sind bis Ende Dezember zurückgetreten. Dies bereitet dem Vollzug der Demokratisierung in Taiwan den Weg. Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre waren insgesamt 1.578 Deputierte der Nationalversammlung, 557 Mitglieder des Gesetzgebungs- und 96 Mitglieder des Kontroll Yuan mit der nationalchinesischen Regierung vor den chinesischen Kommunisten nach Taiwan geflohen.

Wegen der außerordentlichen Lage und aufgrund des Anspruchs auf die legitime Repräsentation für Gesamtchina wurden ihre Mandate kraft eines Beschlusses des Rats der Hohen Richter des Justiz Yuan bis zur Rückeroberung des chinesischen Festlands verlängert. Am 21. Juni 1990 nahm derselbe Rat angesichts der zunehmenden Protestdemonstrationen gegen die betagten Parlamentarier einen neuen Beschluß an, wonach alle 1947/48 gewählten Abgeordneten bis Ende 1991 zurücktreten müssen. Um sie zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen, wurde jedem eine einmalige Pension in

Höhe von 5,3 Mio.NT\$ (rd. 200.000 US\$) zugebilligt. Mitte Dezember waren insgesamt noch 565 betagte Parlamentarier verblieben: 469 in der Nationalversammlung, 81 im Gesetzgebungs- und 15 im Kontrollryuan.

Nach dem Rücktritt der alten Garde bleiben noch 188 in Taiwan regelmäßig gewählte zusätzliche Parlamentarier, die jeweils noch rund ein Jahr lang ihr Mandat beibehalten dürfen, und zwar 78 der Nationalversammlung, 81 des Gesetzgebungs- und 29 des Kontrollryuan. Am 21.Dezember wurden bereits 325 neue Deputierte zur Nationalversammlung gewählt (s. das entsprechende Thema in diesem Heft). Neuwahlen zum Gesetzgebungsryuan werden Ende 1992 und zum Kontrollryuan Anfang 1993 stattfinden. (LHB, 31.12.91; SWB, 18.12.91; FCJ, 13.12.91) -ni-

*(37)

Zollsenkung für rd. 2.000 Importgüter

Der Gesetzgebungsryuan hat nach einer einjährigen Verzögerung am 23.Dezember die neue Novellierung eines Teils der Bestimmungen von Importzolltarifen verabschiedet. Insgesamt wurden die Tarifsätze für 1.965 Positionen von Importgütern um durchschnittlich 8% herabgesetzt. Die bedeutsamste Änderung ist die Reduzierung des Einfuhrzollsatzes für Pkw auf einheitlich 30%. Dies kann nach Meinung von Geschäftsleuten dieser Branche die Pkw-Preise um 7-7,5% verbilligen. Dem ursprünglichen Regierungsentwurf zufolge sollten die Tarife für Pkw über 3.000 ccm unverändert auf dem bisherigen Niveau von 42,5% bleiben. Daher sorgte der Parlamentsbeschluß in der Öffentlichkeit für großes Aufsehen. Auch bei Transportfahrzeugen und Bussen werden die Importzölle von 48% auf 42% gesenkt; 1990 wurden 133.567 Autos in Taiwan eingeführt.

Zusammengefaßt verringerte sich die durchschnittliche nominelle Zollbelastung für Industrieprodukte von 7,2% auf 6,6% und für Agrarerzeugnisse von 23,2% auf 21,6%. Der allgemeine durchschnittliche reale Importzollsatz ist von 4,9% auf 4% gesunken, was der Forderung von GATT entspricht.

Die neuen Zollsätze treten zum 1.1.1992 in Kraft. Das Finanzministerium bezifferte die Mindereinnahmen aufgrund der Zollsenkung auf rd. 577 Mio.US\$ pro Jahr. (LHB, 14.12.91; FCJ, 17.12.91; NfA, 19.12.91) -ni-

Hongkong und Macau

*(38)

Rücktritt von Wilson als Gouverneur von Hongkong 1992

Nach lang andauernden Spekulationen hat London am 30.Dezember bestätigt, daß Sir David Wilson (56) 1992 von seinem Amt als Gouverneur der britischen Kolonie Hongkong zurücktreten wird. Zugleich sprach Premierminister John Major aber sein "volles Vertrauen" zu Wilson aus, der darüber hinaus von der Königin in den Adelsstand erhoben wurde. (SCMP und FT, 31.12.91; DGB, 1.1.92)

Wilson trat am 9.April 1987 das Amt des 27. Gouverneurs von Hongkong an. 1984 wurde zwischen London und Beijing vereinbart, Hongkong am 1.Juli 1997 an China zurückzugeben. Die Beziehungen zwischen Hongkong und Beijing sind im Hinblick auf den nahenden Wandel immer gespannter geworden. Auf der einen Seite versucht die chinesische Regierung, ihren politischen Einfluß in Hongkong noch vor 1997 möglichst auszubauen, auf der anderen Seite verlangt die Mehrheit der Einheimischen, besonders der Mittelstand, mehr Demokratie. Der bisher leidenschaftlichste und langwierigste Streit zwischen Hongkong und Beijing um den Bau eines neuen Flughafens der Noch-Kolonie wurde erst bei Majors Chinabesuch Anfang September beigelegt. (Siehe dazu C.a., September 1991, Ü 34, S.575 f. und Dokument, S.593 f.) Dem Vernehmen nach war man in London und Hongkong mit Wilsons Verhandlungen mit Beijing in dieser Frage nicht zufrieden. Gleich nach der Unterzeichnung des sino-britischen Verständigungsmemorandums über den Bau des neuen Flughafens verdichtete sich das Gerücht über einen Rücktritt des Gouverneurs. Dies wurde damals von Major wiederholt dementiert. Allerdings hatte Sir Wilson selbst in der Vergangenheit gesagt, daß er wahrscheinlich nicht bis zur Übergabe Hongkongs 1997 in seinem Amt als Gouverneur bleibe.

Der Nachfolger von Sir Wilson ist noch nicht bekannt. Man erwartet eine Ernennung des neuen Gouverneurs erst nach den kommenden allgemeinen Wahlen in Großbritannien, die spätestens bis Juli 1992 stattfinden müssen. Eine Reihe prominenter Namen steht bereits zur Disposition, wie z.B. die

frühere Premierministerin Margaret Thatcher, der frühere Außenminister Sir Geoffrey Howe, der Minister für Nordirland Peter Brooke, Verteidigungsminister Tom King, Innenminister Kenneth Baker, der frühere britische Botschafter in der UNO, Lord Ivor Richard, sowie der frühere britische EG-Kommissar, Lord Clinton-Davis. Es hängt allerdings noch davon ab, welche Partei die nächsten Wahlen gewinnen wird. Politische Beobachter sind der Meinung, daß London, zumal beim Wahlsieg der Labour Party, eine starke politische Figur für das Gouverneursamt bevorzugt, um das Image des britischen Imperiums in Hongkong in der letzten Phase vor der Rückgabe der Kolonie wahren zu können.

Sir Wilson, ein Sinologe und Diplomat von Beruf, gehörte vor seiner Ernennung zum Gouverneur als "assistant under-secretary" (stellvertretender Unterstaatssekretär) zur zweiten Garnitur im britischen Außenministerium. Er genießt eher das Ansehen eines Verwalters als eines Politikers. -ni-

*(39)

Neuer Beschluß des Hongkonger Legislativrats gegen die sino-britische Vereinbarung über die Struktur des geplanten höchsten Berufungsgerichts

Am 4.Dezember hat der Legislativrat mit großer Mehrheit einen Beschluß angenommen, der der jüngsten sino-britischen Vereinbarung über die Einrichtung eines höchsten Berufungsgerichts in Hongkong widerspricht. Wie berichtet (C.a., Oktober 1991, Ü 49, S.642 f.), haben sich die Vertreter Beijings und Londons auf der 20.Sitzung der sino-britischen Gemeinsamen Liaison-Gruppe für die Vorbereitung der Übergabe Hongkongs 1997, die vom 24. bis 26.September in London stattfand, darauf geeinigt, die Einrichtung des höchsten Berufungsgerichts in Hongkong noch 1993 zu realisieren. Das Gericht soll gemäß der Vereinbarung aus fünf Richtern bestehen, von denen im Einzelfall bei Bedarf auch einer ein Auswärtiger aus einem "Common Law"-Gebiet sein kann.

Die Vereinbarung stieß in Hongkong auf heftige Kritik, denn es wird befürchtet, daß es unter den Einheimischen Hongkongs z.Z. noch nicht genügend qualifizierte Juristen für die höchsten Richterämter gibt und daß Beijing ab 1997 durch Ernennung der meisten Richter der höchsten Instanz die Gerichtsbarkeit von Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone